



**Alexander Ulrich**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion  
Obmann der Fraktion DIE LINKE. im EU-Ausschuss

**Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 2.822  
☎ (030) 227 – 72509  
✉ (030) 227 – 76508  
✉ alexander.ulrich@bundestag.de

**Wahlkreis**

Mühlstr.44  
67659 Kaiserslautern  
☎ (0631) 89290211  
✉ (0631) 89290213  
✉ alexander.ulrich@wk.bundestag.de

Alexander Ulrich, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An  
Attac Deutschland  
Münchener Straße 48

60329 Frankfurt am Main

Berlin, 18.11.2013

Liebe Freundinnen und Freunde bei Attac,

herzlichen Dank für Euer Schreiben vom 8. November bzgl. der Pläne zur Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone. Eure Kritik an dem Vorhaben teile ich. In der Tat müssen wir davon ausgehen, dass die viel gepriesenen Wachstums- und Beschäftigungseffekte lediglich ein Vorwand sind. Ihr weist auf die Zahlen der Bertelsmann-Stiftung hin. Die EU-Kommission selbst kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Nach deren Folgenabschätzungsbericht ist im Optimalfall ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,5% zu erwarten - verteilt über zehn Jahre. Auf das einzelne Jahr gerechnet ergibt sich ein minimaler Wert, der nicht einmal vernünftig statistisch erfasst werden kann.

Offensichtlich geht es also um etwas Anderes. Dieses „Andere“ ist nach meiner Einschätzung ein weiterer Schritt im Prozess des neoliberalen Umbaus unserer Gesellschaften. Wenn die Verhandlungen erfolgreich laufen, werden die Folgen kaum zu überschauen sein. Vielleicht haben wir am Ende in der EU Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards auf dem niedrigen Niveau der USA. Vielleicht haben die USA dann „im Gegenzug“ wieder vollkommen unkontrollierte Finanzmärkte. Vielleicht konkurrieren US- und EU-Konzerne dann bei öffentlichen Aufträgen noch die letzten sozialen und ökologischen Kriterien weg. Vielleicht kommt eine weitere Privatisierungswelle bei den sozialen Sicherungssystemen auf uns zu. Vielleicht sind Investoren dann in der Lage, vor Privatgerichten jeglichen staatlichen Eingriff in den Markt weg zu klagen, weil er als „indirekte Enteignung“ interpretiert werden kann.

Dieses Projekt steht ganz sicher nicht im Einklang mit den Interessen der Bevölkerung. Im Gegenteil: Es widerspricht diesen fundamental. Daher sollte kein Parlament dem Vertrag zustimmen. Mit Eurem Brief legt ihr den Finger also in die richtige Wunde. Allerdings muss uns auch bewusst sein, dass die parlamentarischen Handlungsspielräume hier enge Grenzen kennen. Auch wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind darauf angewiesen, mit geleakten Dokumenten und ausweichenden Antworten der Bundesregierung zu arbeiten. Anders als zahlreiche Lobbyistinnen und Lobbyisten haben auch wir keinen Zugang zu den



**Alexander Ulrich**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 14.11.2013

relevanten Verhandlungsdokumenten. Und im nächsten Bundestag werden voraussichtlich 80% der Abgeordneten den Regierungsfractionen angehören. Das bedeutet, dass wir als Opposition ohnehin nur noch beschränkte Interventionsmöglichkeiten haben. Meine Fraktion wird dennoch entschieden und unter Ausnutzung all ihrer Möglichkeiten gegen die globale Freihandelsdoktrin im Allgemeinen, und die TTIP im Besonderen ankämpfen.

Auf parlamentarischer Ebene werden wir damit erwartungsgemäß alleine stehen. Umso wichtiger sind außerparlamentarischer Widerstand sowie eine gute Koordination von parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften. Ich freue mich, dass Attac eine Kampagne gegen die TTIP startet und dass sich im Bündnis „TTIP unfairhandelbar!“ zahlreiche freihandelskritische Organisationen zusammengeschlossen haben. Auch die transatlantische Vernetzung freihandelskritischer Akteure halte ich für bedeutsam. Dem öffentlichen Druck gegen die intransparente Verhandlungspraxis und eine neue neoliberale Welle wird in der Auseinandersetzung um die TTIP eine wichtige Rolle zukommen.

Allerdings sollten wir bei aller berechtigten Kritik an der TTIP nicht das ebenfalls aktuell verhandelte Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) aus dem Blick verlieren. Zwischen EU-Kommission und kanadischer Regierung gibt es bereits eine „politische Einigung“. Sowohl ein Investitionsschutzkapitel (das der Bundesregierung nicht weit genug geht), als auch ein Paket extrem weitreichender Dienstleistungsliberalisierungen, sind enthalten. Die CETA gilt als Blaupause für die TTIP. Selbst wenn wir die TTIP verhindern würden, könnte CETA für viele der anvisierten Maßnahmen eine gut geölte Hintertür sein.

Vielleicht interessiert Euch auch der Kommentar, den ich im Oktober zur TTIP geschrieben habe: <http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/freihandelsabkommen-gefaehrdet-sozial-umweltstandards/>.

Und da ihr auch den Datenschutz-Skandal anspricht, hier noch ein Kommentar von mir aus dem August, der dieses Thema auch mit den TTIP-Verhandlungen in Verbindung bringt: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/829670.firewall-fuer-alle-buerger.html>.

Hinweisen möchte ich euch auch auf unsere Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Zwar sind die Antworten nicht übermäßig aussagekräftig, vielleicht ist das Dokument für Euch dennoch von Nutzen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/147/1714755.pdf>.

Mit vielen Grüßen

  
Alexander Ulrich